








Synopse der Wahlprogramme zur Europawahl 2019

						
Wirtschafts- und Währungsunion						
<ul style="list-style-type: none"> • Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten in der Haushaltspolitik wahren • Keinen europäischen Finanzminister berufen • Keine EU-Arbeitslosenversicherung einführen • Vergemeinschaftung von Schulden oder Risiken verhindern • Verletzung der EU-Haushaltsregeln strenger sanktionieren • ESM zu Europäischem Währungsfonds weiterentwickeln unter Wahrung der Kontrollrechte des Bundestags • Insolvenzordnung für Eurostaaten schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Eurozonen-Haushalt für Investitionen in Krisenzeiten aufsetzen • Europäischen Rückversicherungsfonds für die Arbeitslosenversicherung einrichten • Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum einrichten unter Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers • ESM zu einem parlamentarisch kontrollierten Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln • EU-weite Mindestunternehmenssteuer mit gemeinsamer konsolidierter Bemessungsgrundlage einführen 	<ul style="list-style-type: none"> • Eurozonen-Haushalt für Investitionen in Krisenzeiten aufsetzen • Langfristig stärker eigenfinanzierten EU-Haushalt anstreben • Europäischen Rückversicherungsfonds für die Arbeitslosenversicherung einrichten • ESM in einen Europäischen Währungsfonds überführen. • EU-weite Mindestunternehmenssteuer mit gemeinsamer konsolidierter Bemessungsgrundlage einführen 	<ul style="list-style-type: none"> • Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt konsequent ahnden • Vergemeinschaftung von Schulden in Form von Eurobonds oder neue EU-Verbriefungsmöglichkeiten (ESBies) verhindern • Keine EU-Arbeitslosenrückversicherung einführen • ESM auflösen, Einführung eines Europäischen Währungsfonds verhindern • EZB reformieren und Stimmrechte Deutschlands stärken • Geordnetes Staatsinsolvenz- und Austrittsverfahren für die Eurozone 	<ul style="list-style-type: none"> • Eurozonen-Haushalt für Konjunkturstützung verhindern • Europäischen Investitionsfonds schaffen • Verschuldungsverbot der EU beibehalten, Kompetenz zur Steuererhebung verhindern • Automatische Sanktionen bei Verletzung der EU-Haushaltsregeln einführen • ESM in zwischenstaatlichen Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen • EWF-Hilfen nur bei Gefahr für Stabilität des Euroraums und gegen Auflagen gewähren • Insolvenzregime für Euroländer einrichten • Regeln für geordneten Euro-Austritt schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie Fiskalpakt abschaffen • Gemeinsame Euro-Bonds ausgeben • Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Entwicklung einrichten • EU-Arbeitslosenrückversicherung einrichten • EU-weiten Mindestunternehmenssteuersatz mit breiter und einheitlicher Bemessungsgrundlage einführen • Entscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments stärken, damit es gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheidet. 	<ul style="list-style-type: none"> • EU-Haushalt verkleinern • Eigene Steuern auf EU-Ebene verhindern • Rückkehr zu nationalen Währungen (D-Mark) veranlassen, Euro gegebenenfalls als Parallelwährung beibehalten

Finanzwesen

- Besonderheiten des Drei-Säulen-Systems erhalten
- Bankenunion und Kapitalmarktunion unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln
- Risiken im Bankensystem reduzieren
- Staatsanleihebestände der Banken mit Eigenkapital unterlegen
- Unabhängigkeit der EZB wahren
- Geldpolitik und Finanzpolitik strikt trennen
- Bargeld beibehalten
- EU-Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigerem Steuersatz einführen

- Starke und handlungsfähige Kreditgeber für die Wirtschaft vor Ort erhalten
- Bankenunion weiter vertiefen
- Gemeinsame Letztversicherung über den EWF für den Bankenabwicklungsfonds schaffen
- Steuerzahler sollen nirgendwo in Europa mehr für Bankenpleiten bezahlen
- Finanzinstitute sollen Nachhaltigkeitsbelange in ihr Risikomanagement integrieren
- Finanztransaktionssteuer schrittweise einführen
- Kampf gegen Steuerflucht verschärfen durch Meldepflichten für Banken und das Einfrieren verdächtiger Guthaben

- Kleine Banken stärken, z.B. durch Entlastung bei Meldepflichten und Entbürokratisierung der Aufsicht
- EDIS als Rückversicherungssystem ausgestalten und Institutssicherung erhalten
- Bankenunion vollenden
- Konzentration von Staatsanleihen in Bankbilanzen reduzieren
- Leverage Ratio auf 10 Prozent erhöhen
- Letztversicherung für den Bankenabwicklungsfonds durch den EWF schaffen
- Europäisches „Green Finance Label“ einführen
- Ökologische, soziale und gleichstellungspolitische Ziele in der Unternehmensberichterstattung verankern
- Regeln für Banken, Versicherungen und Fonds in einem EU-Finanzmarktgesetzbuch zusammenfassen und vereinfachen
- Zentrale europäische Behörde für den Kampf gegen Geldwäsche errichten
- Finanztransaktionssteuer einführen
- Verbraucherschutz bei Finanzprodukten stärken
- Abkehr von der Provisionsberatung hin zur Honorarberatung

- Regionale Bankenstruktur mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken erhalten
- Bei Bankenregulierung zwischen Regionalbanken und Großbanken unterscheiden
- Bankenregulierung mittelstandsfreundlich gestalten
- EU-Einlagensicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken verhindern
- Bei Eigenkapitalunterlegungspflichten „sehr sensibel“ vorgehen
- Bargeld erhalten
- Finanztransaktionssteuer in der gesamten EU einführen

- Proportionale, nachvollziehbare und abgestufte Regulierung einführen und kleine Akteure von Verwaltungsaufwand entlasten
- Bestehendes dezentrales System der Einlagensicherung in den Mitgliedsstaaten (Institutssicherung) erhalten
- Schlupflöcher im Bankenabwicklungsregime schließen
- Haftung von Investoren und Gläubigern bei Bankenabwicklungen stärken (Bail in)
- Staatsanleihen mit Eigenkapital unterlegen und Großkreditgrenzen auf Staatsfinanzierung anwenden
- EZB-Bankenaufsicht auf systemrelevante Banken ausrichten
- Interessenkonflikte in der EZB zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht abbauen
- Mehrheitsregeln im EZB-Rat anpassen
- Letztversicherung für Bankenabwicklungsfonds SRF aus Steuermitteln verhindern
- Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen ausbauen
- Insolvenzrecht und Vollstreckungsrecht stärker angleichen
- Geldwäscherecht harmonisieren
- Europäischen Pass für Finanzdienstleistungen stärken
- Mittelstand durch Kapitalmarktunion neue Finanzierungsquellen öffnen
- Lenkung des Anlageverhaltens für Nachhaltigkeitszwecke verhindern
- Green Supporting Factor abwenden, Regulierung am Risiko ausrichten
- Bargeld beibehalten
- Finanztransaktionssteuer verhindern

- Banken auf solides Geschäftsmodell nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichten (Zahlungsverkehr, einfache Sparinstrumente, Finanzierung von Investitionen)
- Finanzmärkte und Banken entmachten und an Gemeinwohl ausrichten
- Strengere Vorgaben zur Vorsorge und Risikoversicherung bei Banken
- Banken verkleinern und das Investmentbanking abwickeln
- Kapitalgedeckte Rentensysteme abschaffen und in steuer- und umlagefinanzierte Systeme überführen
- Umfassende Finanztransaktionssteuer mit Steuersatz von 0,1 Prozent einrichten
- Kampf gegen Steuerflucht verschärfen durch Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren und den Entzug von Banklizenzen für nichtkooperative Banken

- Europäische Verge-meinschaftung von Bankrisiken (EDIS) verhindern
- Nationale Souveränität über Bank- und Finanzdienstleistungen wiederherstellen
- EU-Bankenabwicklungsregeln abschaffen
- EZB-Anleihekäufe sowie EFSF- und ESM-Rettungsprogramme beenden
- Verringerung der TARGET-Forderungen der Deutschen Bundesbank
- Bankenaufsicht aus der EZB herauslösen und auf nationale Ebene zurückverlagern
- Bargeld beibehalten
- Bundesbank-Goldreserven in Deutschland lagern
- EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie aufheben

Landwirtschaft

- EU-Agrarpolitik weiterentwickeln ohne Kürzung der Finanzmittel
- Direktzahlungen beibehalten und stärker auf regional verwurzelte Familienbetriebe ausrichten
- Anreize für Umwelt-, Klima- und Naturschutz setzen
- Ländliche Räume und regionale Wertschöpfungsketten stärken
- Tierschutzvorschriften EU-weit harmonisieren

- EU-Agrarpolitik an Tier- und Umweltschutz ausrichten
- Einsatz von Glyphosat nach 2023 verbieten
- EU-weit einheitliche Kennzeichnung für Lebensmittel einführen („Nährwert-Ampel“)
- EU-weite Herkunfts- und Fütterungskennzeichnung bei tierischen Lebensmitteln einführen
- EU-Tierschutz-Strategie erarbeiten und umsetzen

- EU-Agrarpolitik an ökologischen Kriterien ausrichten
- Glyphosat und giftige Pestizide verbieten
- EU-weit einheitliche Kennzeichnung für Lebensmittel einführen („Nährwert-Ampel“)
- EU-weite Tierhaltungs- und Gentechnik-Kennzeichnung einführen
- Verbandsklagerecht für Umwelt- und Tierschutzorganisationen einführen
- Tierschutz durch gesetzliche Maßnahmen verbessern
- Marktregulierende Eingriffe in den Lebensmitteleinzelhandel prüfen, um Preise zu stabilisieren
- Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen aufbauen, um eine Infrastruktur für regionale, tierschutzkonforme Schlachtung zu schaffen

- EU-Agrarpolitik weiterentwickeln und Faktoren wie Artenschutz, Tierwohl, Mischkulturen und familiäre Betriebe stärker belohnen
- Landwirtschaft auch künftig marktorientiert organisieren
- Glyphosat verbieten
- Marktmacht der Großkonzerne im Einzelhandel einschränken
- Geografische Angaben als Lebensmittelqualitätskennzeichen stärken
- Regionale Wertschöpfungsketten stärken, z.B. Direktvermarktung von Lebensmitteln
- Lebensmittel zur besseren Rückverfolgbarkeit klar kennzeichnen
- Bürokratie in der EU-Agrarpolitik abbauen

- EU-Agrarpolitik marktwirtschaftlich modernisieren
- Markttransparenz, fairen Wettbewerb und marktwirtschaftliche Lieferbedingungen mit klaren Rahmenbedingungen schaffen
- Agrarsubventionen sukzessive abbauen
- Einheitliches EU-Verfahren für die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln etablieren
- Verpflichtendes EU-Tierschutzsiegel und Tierhaltungsstandards schaffen
- Bürokratie in der EU-Agrarpolitik verringern, Spielräume der Mitgliedsstaaten vergrößern
- Digitalisierung der Landwirtschaft mit EU-Mitteln fördern

- EU-Agrarpolitik an sozialen, ökologischen und Tierenschutz-Kriterien ausrichten
- Einsatz von Glyphosat nach 2023 verbieten
- Kennzeichnungspflicht von Lebens- und Futtermitteln, die mit Pestiziden oder Fungiziden behandelt worden sind
- Futtermittelimporte reduzieren
- Verbindliche Kriterien für eine tier- und umweltgerechte Tierhaltung festlegen
- EU-weites Tierschutzsiegel sowie eine einheitliche Kennzeichnung von veganen und vegetarischen Lebensmitteln einführen
- Tierschutzverbänden ein Verbandsklagerecht gewähren

- Agrarförderung auf Ebene der Mitgliedsstaaten zurück verlagern
- Bewährte Zulassungsstandards und -verfahren für Pflanzenschutzmittel beibehalten
- Artgerechte Haltungssysteme für Nutztiere fördern
- Regionale Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützen

						
Energiepolitik						
<ul style="list-style-type: none"> • Globale Bepreisung von CO2-Emissionen anstreben, behelfsweise auf G20-Ebene • Verknüpfung des Stromnetzes in Europa verbessern und Energiemarkt stärker vernetzen 	<ul style="list-style-type: none"> • CO2-Preise für alle Sektoren einführen, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind • Erneuerbare Energien ausbauen und Energiewende bei Elektrizität, Wärme, Kälte und Mobilitätssektor ambitioniert fortsetzen • Europäischen Energiebinnenmarkt durch Ausbau von Infrastruktur und Energiespeichern stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgernahe Energiewende durch Genossenschaften fördern • CO2-Preise für alle Sektoren einführen • EU als Treiber für die internationale Energiewende positionieren • Erneuerbare Energien ausbauen. Anteil erneuerbarer Energien bis 2050 auf 100 Prozent erhöhen • EU-weiten Stromverbund stärken und Netzausbau an erneuerbaren Energien orientieren • Markteinführungsprogramm für Energiespeicher errichten • Aktionsplan für klimaschonende Wärmeversorgung beschließen 	<ul style="list-style-type: none"> • Emissionshandel durch Ausweitung auf weitere Sektoren stärken • Erneuerbare Energien ausbauen. Deutsche Energiewende zu einem EU-Projekt machen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Globalen CO2-Emissionshandel vorantreiben • EU-Emissionshandelssystem auf Transport, Wärmeversorgung und Agrarsektor ausweiten • Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abschließen • Europäischen Netzentwicklungsplan erarbeiten und transeuropäischen Netzausbau stärken • Energieversorgung stärker auf EU-Ebene koordinieren • Stromsteuer abschaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Energiegenossenschaften fördern • Energieerzeugung und Verteilung in Hand von Bürgern, Kommunen und Genossenschaften legen • Dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende stärken • Einführung einer Kohlenstoffsteuer (Carbon Tax), die alle Industriezweige umfasst • Erneuerbare Energien ausbauen. Anteil erneuerbarer Energien bis 2040 auf 100 Prozent erhöhen. • Kommunen an den Erträgen aus Wind- und Solarkraft beteiligen, die auf dem Gemeindegebiet erwirtschaftet werden 	<ul style="list-style-type: none"> • CO2-Zertifikatehandel einstellen • In die Entwicklung neuer Typen von Kernreaktoren einsteigen
Digitalisierung						
<ul style="list-style-type: none"> • Hemmnisse für Startups durch Vorschriften beseitigen 	<ul style="list-style-type: none"> • Europäische Alternativen zu den derzeit dominierenden Plattformunternehmen aufbauen • Schnittstellen bei Bezahlfunktionen oder Sprachsteuerung von Zusatzgeräten öffnen • Suchkriterien und Provisionszahlungen von Online-Marktplätzen transparent machen • Anonymes bezahlen auch online ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> • Offene Schnittstellen und Interoperabilität sicherstellen • Mittelstand bei der Digitalisierung mit unbürokratischen Beratungsangeboten oder Förderprogrammen unterstützen • Plattform-Unternehmen strenger regulieren und fairen Zugang für externe Anbieter sicherstellen • Europäisches Kartellamt aufbauen 	<ul style="list-style-type: none"> • EU-Datenschutzrecht mittelstandsfreundlich überarbeiten • Überforderung des Mittelstands durch Verbraucherschutzvorschriften verhindern • Transparenz bei Vergleichs- und Beratungsportalen im Internet erhöhen • Taxigewerbe vor neuen Fahrdienstmodellen schützen 	<ul style="list-style-type: none"> • EU-Datenschutzrecht mittelstandsfreundlich überarbeiten • Breitbandausbau vorantreiben • Digital-Freiheitszonen mit weniger Regulierung für Startups einrichten 	<ul style="list-style-type: none"> • Plattformgenossenschaften als Alternative zu privaten, digitalen Plattformanbietern stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) abschaffen

						
EU-Institutionen						
<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament schaffen • Ausschuss der Regionen stärken • „Verfall“ nicht verabschiedeter Gesetzesvorschläge zum Ende der Legislaturperiode („Diskontinuität“) beschließen • EU-Normenkontrollrat einsetzen • Subsidiaritätskontrolle durch nationale Parlamente verbessern 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament schaffen • Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im EU-Ministerrat verstärken • Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit konsequenter nutzen und weiterentwickeln 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament schaffen • Rat der Mitgliedsstaaten langfristig in eine zweite Kammer überführen • Entscheidungen im Rat durch Fristsetzung beschleunigen • Mehrheitsprinzip in allen Entscheidungen im EU-Ministerrat einführen • Entscheidungen im EU-Rat transparenter machen • Direkte Demokratie stärken 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament schaffen • Sitzverteilung im europäischen Parlament gerechter gestalten • Einstimmigkeitsprinzip im Rat zugunsten demokratischer Mehrheitsentscheidungen überdenken • Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit ausbauen • EU-Kommission und EU-Behörden verkleinern • Volksentscheide zu wichtigen europapolitischen Fragen auf Bundesebene durchführen • Möglichkeit verbindlicher europaweiter Bürgerentscheide schaffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament schaffen • EU-weite Listen für die Europawahl etablieren • Entscheidungen im EU-Rat transparenter machen • EU-Kommission verkleinern • Subsidiaritätskontrolle durch nationale Parlamente und Ausschuss der Regionen stärken • Gesetze mit Auslaufklausel versehen • „one in, two out“-Regel für weniger Bürokratie etablieren • Konsequente Folgenabschätzungen für EU-Vorhaben durchführen • EU-Richtlinien den Vorzug vor Verordnungen geben • Europäischen Konvent mit Ausarbeitung einer europäischen Verfassung beauftragen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzesinitiativrecht für das Europäische Parlament schaffen • Alleiniges Haushaltsrecht für das Europäische Parlament beschließen • Ausschuss der Regionen und Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss stärken • EZB unter Kontrolle des Europäischen Parlaments stellen • Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament wählen • Bürger über Volksentscheide und Volksbegehren EU-Politik mitgestalten und Gesetze initiieren lassen 	<ul style="list-style-type: none"> • EU-Parlament abschaffen • Austritt Deutschlands aus der EU („Dexit“), sofern sich grundlegende Reformansätze der AfD nicht in angemessener Zeit verwirklichen lassen • Volksabstimmungen zu wichtigen europäischen Fragen durchführen
Genossenschaften						
		<ul style="list-style-type: none"> • Genossenschaften als Alternative zu profitorientierten Unternehmen fördern 			<ul style="list-style-type: none"> • Vorrang öffentlicher und genossenschaftlicher Eigentumsformen in der Daseinsvorsorge durchsetzen • Kollektive Unternehmen wie Genossenschaften stärken 	

Hinweis: In die Übersicht wurden alle Parteien aufgenommen, die zur Europawahl in Bayern antreten und nach aktuellen Prognosen mehr als 3 Prozent der Stimmen erhalten. Die Darstellung der Parteien erfolgt in der Reihenfolge ihrer Ergebnisse bei der Europawahl 2014. Um die Übersichtlichkeit zu verbessern, sind die jeweiligen Positionen sinngemäß wiedergegeben.

Quellen:

- Wahlprogramm von CDU und CSU „Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand.“:
https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dialog/infomaterial/2019/CDU_20CSU_Europawahlprogramm_final_20mit_20deckblatt_BF.pdf
- SPD Wahlprogramm für die Europawahl am 26. Mai 2019 „Kommt zusammen und macht Europa stark!“: <https://www.spd.de/europa-ist-die-antwort/unsere-ziele/unsere-europaprogramm/>
- Grünes Wahlprogramm zur Europawahl 2019 „Europas Versprechen erneuern. Europawahlprogramm 2019“: https://cms.gruene.de/uploads/documents/2019_Europawahl-Programm.pdf
- Europawahlprogramm der Freien Wähler „Unsere Heimat Europa: Programm zur Europawahl 2019“: <https://www.unsereheimateuropa.de/unsere-politik/wahlprogramm/>
- Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Europawahl 2019 „Für ein solidarisches Europa der Millionen, gegen eine Europäische Union der Millionäre“: <https://www.die-linke.de/europawahl/wahlprogramm/>
- Europas Chancen nutzen – Das Programm der Freien Demokraten zur Europawahl 2019 <https://www.fdp.de/programm/europas-chancen-nutzen>
- Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019 https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/02/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_RZ.pdf